



Corona-Infos 04.03.2021



Corona-Gipfel-Beschluss: Keine zeitnahe Öffnungsperspektive

Mit Enttäuschung und Unverständnis reagiert der Handelsverband Deutschland (HDE) auf die Corona-Beschlüsse von Bund und Ländern. Die für eine Öffnung der Geschäfte vorgeschriebene stabile Inzidenz von 50 sei nicht flächendeckend in Sichtweite, Click & Meet könne die Händler nicht einmal annähernd retten. Die damit weitgehend geschlossenen Handelsunternehmen werden bis Ende März im Vergleich zu 2019 weitere zehn Milliarden Euro Umsatz verlieren.

„Die Ergebnisse des Corona-Gipfels sind für den Einzelhandel eine Katastrophe. Faktisch wird der Lockdown damit trotz aller theoretischen Perspektiven für die große Mehrheit der Nicht-Lebensmittelhändler bis Ende März verlängert“, so HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth. Die für eine Wiedereröffnung aller Geschäfte als Bedingung genannte, stabile Inzidenz von unter 50 sei auf absehbare Zeit wohl nicht flächendeckend zu erreichen - auch die Möglichkeiten für den Einkauf nach Terminvergabe kann für die allermeisten Geschäfte kein wirtschaftlicher Rettungsanker sein, denn dabei sind in der Regel die Personal- und Betriebskosten höher als die Umsätze.

Die Verlängerung des Lockdowns vom 8. bis zum 28. März kostet die geschlossenen Handelsunternehmen nach HDE-Schätzung im Vergleich zum letzten normalen Jahr 2019 rund zehn Milliarden Euro Umsatz. „Ende März sind viele Händler dann seit mehr als 100 Tagen geschlossen. Das ist nicht mehr zu verkraften. Die Politik nimmt ihre Verantwortung für die zwangsgeschlossenen Händler nicht wahr. Denn gleichzeitig kommen die staatlichen Hilfszahlungen nur schleppend und spärlich an“, so Genth weiter. Die Corona-Maßnahmen sollten sich nicht an symbolträchtigen Branchen wie dem Handel abarbeiten, sondern sich an der jeweiligen Infektionsgefahr orientieren. Der HDE verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Einschätzung des Robert-Koch-Instituts, wonach die Infektionsgefahr beim Einkauf unter Beachtung von Hygienemaßnahmen niedrig ist. Zuvor hatte bereits eine Studie der Berufsgenossenschaft für Handel und Warenlogistik (BGHW) sowie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) deutlich gemacht, dass für die Beschäftigten im Handel kein erhöhtes Infektionsrisiko besteht.

„Die Politik orientiert sich weiter stur ausschließlich an Inzidenzwerten. Dieses Vorgehen erscheint zunehmend fragwürdig. Es gibt keine vernünftigen Argumente, den Einzelhandel jenseits aller wissenschaftlichen Erkenntnisse einfach weiterhin geschlossen zu halten. Hier wird ohne nachvollziehbare Gründe die Kernbranche der Innenstädte geopfert“, so Genth. Der Handelsverband setzt sich weiterhin für eine zeitnahe und komplette Öffnung aller Geschäfte unter Einhaltung von Hygiene- und Abstandsregeln ein.

Bitte informieren Sie sich über die Regelungen in Ihrem Bundesland: [LänderRegeln](#)